
342/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 18.06.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Barbara Neßler, Freundinnen und Freunde

betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes und der psychosozialen
Unterstützung von Kindern und Jugendlichen

BEGRÜNDUNG

Der Amoklauf an einer Schule in Graz am 10. Juni 2025 ist eine nationale Tragödie, die unser ganzes Land tief erschüttert hat. Mitten im Schulalltag, an einem Ort, der Sicherheit, Bildung und Vertrauen bieten soll, wurde brutale Gewalt verübt. Junge Menschen wurden aus dem Leben gerissen, ihre Familien und Freund:innen schwer traumatisiert. Die Betroffenheit und Trauer reichen weit über die Grenzen der Stadt hinaus – ganz Österreich steht in Solidarität an der Seite der Angehörigen.

Schulen müssen Orte der Sicherheit, der Zuversicht und des Zusammenhalts sein. Dass dieser geschützte Raum in seinen Grundfesten erschüttert wurde, lässt uns fassungslos zurück. Umso klarer ist: Es darf kein bloßes Zurück zur Tagesordnung geben. Der Schmerz und die Trauer müssen in politische Verantwortung münden – in konkrete Maßnahmen, die darauf abzielen, solche Taten künftig zu verhindern.

Erforderlich ist jetzt eine tiefgehende Analyse der möglichen Ursachen und der bestehenden Strukturen. Prävention muss dabei im Mittelpunkt stehen: in den Schulen, in der psychosozialen Versorgung sowie im Umgang mit Waffen in unserer Gesellschaft. Denn Gewalt hat in einer demokratischen, offenen und friedlichen Gesellschaft keinen Platz. Unser Ziel muss eine Freiheit von Gewalt sein – und damit auch eine Freiheit von Waffen.

Neben dem Ausbau der psychosozialen Versorgung braucht es verstärkt Unterstützungsangebote auch im außerschulischen Bereich. So berichtet etwa „Rat auf Draht“, dass die Zahl der Beratungsgespräche nach dem Anschlag sprunghaft angestiegen ist. Viele Kinder und Jugendliche haben Angst, dass sich Ähnliches auch in ihrem Umfeld ereignen könnte. Auch viele Eltern fühlen sich überfordert und wissen

nicht, wie sie mit ihren Kindern über diese schwierigen Themen sprechen sollen. Dieses Gefühl der Ohnmacht betrifft nicht nur Extremsituationen wie den Anschlag in Graz – psychische Belastungen prägen zunehmend den Alltag junger Menschen.

Mehrfahe gesellschaftspolitische Krisen, Zukunftsängste sowie digitale Phänomene wie Sextortion und Cybermobbing führen zu großer Verunsicherung und Angst. Diese Mischung birgt das Risiko einer zunehmenden Eskalation. Der Amoklauf in Graz zeigt nochmals deutlich, dass es insgesamt mehr Anstrengungen braucht, um eine qualitativ hochwertige psychologische Versorgung für Kinder und Jugendliche sicherzustellen und dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Europa, Integration und Familie wird aufgefordert,

1. ein Mindestalter für die Nutzung von Social-Media-Plattformen vorzusehen und die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen umzusetzen,
2. sicherzustellen, dass Angebote wie „Rat auf Draht“ mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet und budgetär langfristig abgesichert werden,
3. die Kinder- und Jugendhilfe wieder in Bundeskompetenz rückzuführen, um einheitliche Qualitätsstandards und eine bundesweit koordinierte Unterstützung sicherzustellen, sowie
4. die ressortübergreifende Gewaltprävention in Österreich systematisch zu stärken und weiterzuentwickeln. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Evaluierung und den gezielten Ausbau bestehender Angebote der psychosozialen Beratung gelegt werden, insbesondere für Männer, Kinder und Jugendliche in belastenden Lebenssituationen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Familie und Jugend vorgeschlagen.